

Kommunalforum1+2

Jeweils zwei Tage im Oktober 2025 und 2026 trafen sich auf Einladung der AfD-Bundestagsfraktion im Paul-Löbe-Haus kommunale Mandats- und Funktionsträger aus der ganzen Bundesrepublik zum Meinungsaustausch untereinander, aber auch mit Vertretern aus Wissenschaft und Praxis, über den Zustand unserer Demokratie und unserer Finanzen. Das Themenspektrum umfasste ebenso Bereiche wie Energiewende, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik, Arbeit und Soziales, Bauen und Infrastruktur, Gesundheitsreform und Pressearbeit.

Seit dem *Kommunalforum1* im letzten Jahr sehen deutschlandweit die Prognosen noch düsterer aus. Und das nicht nur in Teltow, das mit seinem zweiten negativen Ertragshaushalt (noch) bei der Haushaltskonsolidierung ist und seine Rücklagen aufzehrt.

Haushaltssicherung – schon jetzt oft der Normalzustand

Vielen Kommunen und Kreisen steht das Wasser bis zum Hals, denn sie sind bereits in der Haushaltssicherung. Aber auch Kommunen, die noch kein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen, geraten zunehmend unter finanziellen Druck und schränken freiwillige Leistungen ein. Die Bürger merken dies erst nach und nach. Es ist ein schleichender Prozess in allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Die Verantwortung liegt in Berlin und in den Landeshauptstädten. Bund und Länder beschließen immer neue Leistungsgesetze, Rechtsansprüche und Standards und überlassen den Kommunen die Umsetzung. Die Kosten dafür bleiben meist an den Kommunen hängen. „Wer bestellt, bezahlt“ gilt auf dem Papier, in der Praxis aber nicht. Die Kommunen tragen zudem die Folgekosten einer Migrationspolitik, die sie weder beschlossen haben noch steuern können. Dazu gehören Unterbringung, Integration, Kita- und Schulplätze sowie Sozialleistungen. Die Altparteien haben die Kommunen zu Zahlstellen ihrer Politik gemacht.

Schwimmbäder und Sportstätten

- Höhere Eintrittspreise und Nutzungsentgelte.
- Kürzere Öffnungszeiten oder saisonale Schließungen, verschobene Sanierungen und Modernisierungen.
- Im Extremfall ist die Schließung eines Bades oder einer Sportstätte möglich. Schwimmbäder sind wegen ihrer hohen Betriebs- und Energiekosten häufig Gegenstand von Spar-Beschlüssen oder müssen hoch subventioniert werden.

Verfehlte Politik: Die Energiewende mit ihren Rekordpreisen, dem CO₂-Preis und dem Netzausbau auf Kosten der Verbraucher macht den Betrieb eines Schwimmbads zum Luxus. Wer Energie künstlich verteuert, darf sich nicht wundern, wenn das Hallenbad schließt. Am Ende zahlen die Familien. Kinder verlernen das Schwimmen, und Vereine verlieren ihre Trainingsstätte.

Bibliotheken, Kultur und Vereine

- Höhere Jahresgebühren für Bibliotheken.
- Weniger Öffnungstage und Veranstaltungen.
- Geringere Zuschüsse für Kultur- und Sportvereine.
- Weniger Geld für Stadtfeste und kulturelle Angebote.

Verfehlte Politik: Hier wird das Gemeinschaftsleben vor Ort geopfert. Berlin leistet sich Milliarden für ideologische Prestigeprojekte, Förderprogramme und weltweite Verpflichtungen. Gleichzeitig fehlt das Geld für den Stadtfestzuschuss und die Stadtbibliothek. Das ist eine Schieflage der Prioritäten. Was das Zusammenleben vor Ort trägt, wird zuerst gestrichen. Besonders problematisch ist, dass solche Einschnitte häufig auch Bildungs- und Begegnungsmöglichkeiten betreffen.

Straßen, Gehwege und Beleuchtung

- Schlaglöcher und Schäden werden später beseitigt.
- Fahrbahnen und Gehwege werden erst saniert, wenn der Zustand kritischer ist.
- Straßenbeleuchtung wird gegebenenfalls reduziert.
- Radwege und andere neue Verkehrsprojekte werden verschoben.

Verfehlte Politik: Der Verfall der Infrastruktur ist das Ergebnis jahrzehntelanger Unterlassung. Die Altparteien haben Erhaltungsinvestitionen verschoben und das Geld lieber in Konsum und Umverteilung gesteckt. Die Kommunen bleiben auf dem Sanierungsstau sitzen. Wer abends im Dunkeln über kaputte Gehwege geht, spürt, was „Vorsorge“ in wert ist. Bürger erleben die Folgen oft schleichend. Die Infrastruktur wird nicht sofort unbenutzbar, aber zunehmend schlechter. Das Sicherheitsgefühl in der Öffentlichkeit schwindet.

Schulen und Kitas

- Sanierungen von Dächern, Fenstern, Toiletten und Heizungsanlagen werden verschoben.
- Unterrichts- und Betreuungsräume bleiben länger in einem schlechten Zustand.
- Neubauten und Erweiterungen verzögern sich.
- Bei freiwilligen Zusatzangeboten wird gekürzt.

Verfehlte Politik: Bund und Länder haben Rechtsansprüche auf Betreuung beschlossen, bei Kita und Ganzttag, ohne die Kosten dauerhaft und auskömmlich zu tragen. Dazu kommen ständig neue Vorgaben und Standards. Die Kommunen müssen liefern, aber das Geld für Dach, Fenster und Toiletten fehlt. Bei den Kindern wird zuerst gespart, obwohl sie unsere Zukunft sind. Gesetzlich vorgeschriebene Leistungen müssen zwar weiterhin erbracht werden. Aber der finanzielle Spielraum für Qualität, zusätzliche Angebote und rechtzeitige Instandhaltung schrumpft.

Höhere und neue Steuern und Gebühren

- Stärkere Belastung mit Hort-, Krippen- und Kita-Gebühren oder bei der Schulspeisung.
- Anhebung lokaler Steuern wie Hundesteuer oder Zweitwohnungssteuer.
- Neue Steuern wie Bettensteuer und Verpackungssteuer.
- Höhere Gebühren bei der Parkraumbewirtschaftung.
- Höhere Verwaltungsgebühren.

Verfehlte Politik: Die Kommunen werden zur Abzocke gezwungen. Weil Bund und Länder ihnen Aufgaben ohne Geld aufbürden, bleibt vor Ort nur der Griff in die Taschen der Bürger. Die Grundsteuerreform hat zusätzlich für Verunsicherung und Mehrbelastung gesorgt. Die Gewerbesteuer vertreibt Betriebe, während der Wirtschaftsstandort durch Bürokratie und Energiepreise ohnehin schwächelt. Ein Land, das seine Leistungsträger und Mieter immer weiter belastet, zerstört seine eigene Substanz. Höhere Hebesätze bei der Grundsteuer belasten Grundstückseigentümer ebenso wie alle Mieter. Höhere Hebesätze bei der Gewerbesteuer belasten Unternehmen und beeinflussen deren Standortentscheidungen. Dabei sind Grund- und Gewerbesteuer die Haupteinnahmequellen jeder Kommune.

Steigende Kostenspirale – Büchse der Pandora geöffnet

Zu den explodierenden Kosten für Energie, Wasser, Abwasser und die allgemeine Lebenshaltung kommen nun auch noch die kommunalen Gebührenerhöhungen obenauf. Die Bürger ächzen unter einem Kaufkraftverlust von historischem Ausmaß: Die kumulierte Teuerung der letzten Jahre hat Sparguthaben entwertet und das Realeinkommen der arbeitenden Mitte rasiert. Dieser toxische Mix ist kein düsteres Zukunftsszenario, sondern bittere Realität auf den Konten der Bürger – und er ist das direkte Ergebnis einer beispiellosen finanzpolitischen Geisterfahrt.

Verfehlte Politik: Die Regierenden in Berlin haben die haushaltspolitische Büchse der Pandora geöffnet. Hinter dem verharmlosenden Euphemismus sogenannter „Sondervermögen“ verbirgt sich in Wahrheit ein gigantisches Geflecht aus Schattenhaushalten. Ob Klima-Milliarden oder Rüstung: Hunderte Milliarden Euro an Neuschulden wurden an der regulären Haushaltswahrheit und der Schuldenbremse vorbeigeschleust.

Die Quittung für diese Schuldenorgie folgt auf dem Fuß

Die Zinsfalle schnappt zu: Musste der Bund im Jahr 2021 dank Nullzinsphase kaum vier Milliarden Euro für Zinsen aufwenden, explodierten die Zinsausgaben im Bundeshaushalt innerhalb kürzester Zeit auf rund 40 Milliarden Euro pro Jahr. Langfristige Tragfähigkeitsprognosen warnen bereits vor einer Zinslast, die in Richtung der 80- bis 100-Milliarden-Euro-Marke marschiert. Ein Investitionskollaps vor Ort entsteht und jeder Euro, der für Zinsdienste an die Finanzmärkte verbrannt wird, fehlt unweigerlich bei der Sanierung von Schulen, Straßen, Brücken und Schwimmbädern in unseren Städten und Gemeinden.

Steigende Zinsen und ausufernde Staatsverschuldung würgen die Konjunktur ab, vernichten Arbeitsplätze und lassen die Steuereinnahmen einbrechen. Statt die Ausgabenwut bei Bürgergeld, weltweiten Subventionen und einer ungesteuerten Migrationskrise endlich zu stoppen, wälzt die Bundespolitik die Lasten skrupellos nach unten ab. Am Ende der Kette stehen die Kommunen mit leeren Kassen – und die Bürger, die über Abgaben, Gebühren und Inflation zur Kasse gebeten werden. Die Zeche für diese Politik zahlen unsere Kinder und Enkel.

Ausgrenzung von AfD-Kandidaten – Brandmauer bröckelt

Auf dem **Kommunalforum1+2** kam auch zur Sprache, wie AfD-Kandidaten am passiven Wahlrecht gehindert wurden. Wahlausschüsse ignorieren das in Artikel 3 grundgesetzlich gesicherte Benachteiligungsverbot aufgrund der politischen Anschauung. Gerichte versagen Kandidaten den Eilrechtsschutz und setzen sich so dem Vorwurf aus, blind gehorchende Erfüllungsgehilfen zu sein. Gewaltenteilung sieht anders aus. Auch wenn die Klimaerwärmung bei uns bald Südfrüchte sprießen lässt, ist das kein Grund, sich in eine Bananenrepublik zu verwandeln.

Aber es zeigen sich auch zarte Pflänzchen – wie in Sachsen-Anhalt – wo Brandmauern bröckeln. Deshalb sollten wir unseren bisherigen Weg unbeirrt weitergehen, auch wenn man uns Steine in den Weg legt. Nutzen wir diese, um damit das Fundament unserer Festung zu stärken. Rom wurde schließlich auch nicht an einem Tag gebaut.

Kommunalpolitik stärken – Veränderung beginnt an der Basis

Das Fazit aus jeweils zwei Tagen **Kommunalforum1+2** lautet: Eine starke kommunale Basis ist der Garant, um auf Bundesebene in die Regierungsverantwortung zu kommen. Es reicht nicht aus, AfD-Mitglied zu sein oder nur AfD zu wählen. Jeder von uns muss mehr Selbstbewusstsein zeigen. Wer in Deutschland Veränderungen herbeiführen möchte, wer seine Heimat liebt und wer den Wohlstand, den unsere Eltern und Großeltern mühsam aufgebaut haben, bewahren will, der muss mehr tun. Der muss sich in die AfD einbringen und Verantwortung auf kommunaler Ebene übernehmen. Das geht als Kandidat bei Wahlen, als sachkundiger Einwohner oder auf andere Weise.

Veränderung in Deutschland geht nur, wenn man selbst Teil der Veränderung wird.